

3062/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Firlinger und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen, betreffend

Veräußerung von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften, die im Eigentum

bzw. mehrheitlich im Eigentum des Bundes stehen

Der Antrag der Abgeordneten Eder (SPÖ) und Dr. Stummvoll (ÖVP) betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem die Ermächtigung zur Veräußerung von Anteilsrechten an

der „Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, GesmbH“, an der

„Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft GesmbH in Villach“ und der

„Wohnbaugesellschaft der ÖBB gemeinnützige GesmbH“ erteilt werden soll, sowie

jüngste Medienberichte legen den Verdacht nahe, daß demnächst mehrere

gemeinnützige Wohnbaugesellschaften des Bundes zu Niedrigstpreisen an

Gesellschaften verkauft werden sollen, deren Eigentümer im politischen

„Nahverhältnis“ zu den Regierungsparteien stehen. Der Verdacht der „Proporz- und

Freunderlwirtschaft“, sowie der parteipolitischen Einflußnahme ist daher nicht von

der Hand zu weisen.

Da derartiges sowie ein parteipolitisch motivierter Ausverkauf von Bundesvermögen

weder im Interesse der Steuerzahler noch der Mieter dieser Gesellschaften liegen

kann, stellen die unterzeichnenden Abgeordneten an den Bundesminister für

Finanzen folgende

ANFRAGE

1. Welche gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften befinden sich derzeit ganz oder mehrheitlich im Eigentum des Bundes (aufgeschlüsselt nach Anteil des Bundes, Anzahl der Wohnungen, Wohnfläche, Grundfläche, Verkehrswert)?

2. Welche Schachtelbeteiligungen (mehrheitlich im Eigentum des Bundes stehende Gesellschaften, die ihrerseits wiederum an gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften beteiligt sind) existieren?

3. In welchen der unter Punkt 1 und 2 angeführten gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften sind politische Funktionäre (Nationalräte, Bundesräte, Landesräte, Landtagsabgeordnete, Gemeinderäte, Betriebsräte) als Geschäftsführer, Prokuristen oder Aufsichtsräte tätig oder verfügen über einen Sitz in einem sonstigen Kontrollorgan?
4. Sind Ihnen Pläne bekannt, daß auch andere außer den o.a. Gesellschaften ganz oder mehrheitlich im Eigentum des Bundes stehende gemeinnützige Wohnbaugesellschaften verkauft werden sollen?
Wenn ja, um welche Gesellschaften handelt es sich dabei und welche konkreten Vorstellungen haben sie bezüglich möglicher Käufer?
5. Sind Ihnen Absprachen zwischen Vertretern von SPÖ und ÖVP bekannt, deren Inhalt die Maximierung des politischen Einflusses innerhalb von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften in ÖVP und SPÖ dominierte Gesellschaften zum Ziel hatte?
Wenn ja, über den Verkauf welcher Gesellschaften wurde dabei konkret verhandelt?
6. Wurden seitens des Finanzministeriums Maßnahmen überlegt, die es ermöglichen, im Fall des Verkaufs von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften parteipolitische Interessen und Einflußnahmen zu evaluieren?
7. Halten Sie es sowohl im Interesse der Steuerzahler als auch der Mieter für angebracht, gemeinnützige Wohnbaugesellschaften überhastet und zu Ausverkaufspreisen abzustoßen, bzw. wäre es nicht vorteilhafter auf den Verkauf der Gesellschaften vorübergehend zu verzichten und nach einer Regelung zu suchen, die ungeachtet des § 10a WGG einen fairen Interessenausgleich zwischen den Mietern einerseits und den Steuerzahlern andererseits ermöglicht?
8. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, an bestehende Mieter einzelne Wohnungen zu günstigen Konditionen und unter Berücksichtigung der bisher geleisteten Mietenzahlungen zu veräußern?
9. In der Anfragebeantwortung 2504/AB zu Frage 8 vom 28-07-1997 nennen Sie als Verkaufsargument für die drei eingangs genannten Gesellschaften die nach §10 Abs. 1 WGG beschränkte Gewinnabfuhr an den Bund. Ausgehend von einer Einnahmensdifferenz von weniger als 4 Mio. öS. jährlich (durchschnittliche SMR von 7%) und einer Gesamteinnahme im Fall eines Verkaufes von 180 Mio. öS. für einen Gegenwert von 12,2 Mrd. öS. stellt sich die Frage:
Gibt es budgetäre Gründe, die einen Ausverkauf dieser drei Gesellschaften sowie auch anderer in absehbarer Zeit unbedingt erforderlich machen?

Wenn ja, sind die Erlöse aus diesen Verkäufen bereits im Budget für die Jahre 1998 und 1999 eingeplant?

10. Kurzum Herr Finanzminister, wollen Sie am Ermächtigungsgesetz zur Veräußerung der drei Eisenbahngesellschaften in der bisherigen Fassung festhalten?